

Der „kühne“ Finanzpolitiker der SPD

Nazi-Bührer seines Amtes enthoben!

Wegen Unfähigkeit und Verplemperung von Millionen Steuergeldern . SPD-Vorsteher Döhlisch, der Büttel der Kapitalisten Erwerbslosendelegationen und kommunistischer Stadtrat auf Befehl von Döhlisch mit Polizeiaufgebot aus dem Rathaus geworfen Dreifache Wäsche der Kapitalisten. Genossen Gabel und Schrapel auf drei Sitzungen ausgeschlossen

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung im Dresdner Rathaus kam es zu unerhörten Vituperationen der Volksfeinde gegen die Arbeiter. Die SPD gab der Bourgeoisie wieder neue Proben ihrer absoluten Unfähigkeit im Kampfe gegen die Rechte der Arbeiter.

Ein Antrag der SPD in dem die kommunistische Forderung vom September 1931 auf Diebstahlverurteilung Bührers wiederholt wurde, war vom SPD-Vorsteher um die SPD vor der Abrechnung zu schützen, in die geheime Sitzung verwiesen worden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte die kommunistische Fraktion den Antrag auf Öffnung der Tribüne der gegen die Genossen der SPD abgelehnt wird. Die national-sozialistische Einheitsfront hat eine unbändige Wut vor der „Rede“ des Volkes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde von der kommunistischen Fraktion eine Erklärung abgegeben.

Erklärung der Kommunistischen Partei

Von Seiten der Sozialdemokratie wird besonders in ihrer Presse der Versuch unternommen, die von ihr jederzeit gestützte unverantwortliche Finanzpolitik Dr. Bührers, die der Stadt Hunderttausende von Mark kostet, als persönliche Politik des Finanzdezernenten hinzustellen, gegen welche die SPD in Opposition getreten habe.

Das Gegenteil ist der Fall. Stets ist die SPD mit Dr. Bührer durch die und dünn gegangen und auch im Kros-Stand hat sie auf den Antrag der SPD, Bührer wegen seiner Unverantwortlichkeit und Unfähigkeit auf dem Disziplinarwege zu entfernen, nur mit wütem Schlächter geantwortet und diesen Antrag abgelehnt.

Die SPD-Fraktion wird ausführlich zu all den

Fragen Stellung nehmen. Sie stellt heute lediglich vor aller Öffentlichkeit die Schuld und Verantwortlichkeit der SPD an der falschlischen Politik Bührers fest.

Die kommunistische Fraktion stellt damit noch einmal vor aller Öffentlichkeit die Verantwortlichkeit der SPD für die Taten des Bürgermeisters Bührer, der heute bei den Nazis gefangen ist, fest.

Die SPD ist der aktive Faktor bei der Falschlisierung der Verwaltung und der Durchführung des Faschismus.

Nur die SPD gegen Mieterhöhung

Folgender Antrag, gestellt für die Mieter, von der SPD, wird weder von der SPD noch von den Nazis unterstützt und verfällt damit der Ablehnung:

Dringlicher Antrag

Kollegium wolle beschließen,

- 1. die am 1. April in Kraft tretende Mietsteigerung ist bei allen werktätigen Mietern, deren Einkommen jährlich 3000 M. nicht übersteigt, durch die Stadt zu überachmen, 2. den Rat um Beitritt zu diesem Beschluß zu ersuchen.

Jeder werktätige Mieter muß wissen, daß er die Mieterhöhung und damit eine neue Schwämmerung seines Einkommens diesen Stützen des Kapitals zu danken hat.

Die SPD ist der Anwalt des Mittelstandes

Bei der Vorlage des Rates in der eine Senkung der Standesbeiträge bis zu 10 Prozent vorgeschlagen wird hatte die SPD folgenden Antrag gestellt:

Antrag

Die Senkung der Gebühren für die Benutzung von Bercnshäusern, Keller und Kuchräumen in den hädtischen Markthallen generell für alle um ein Drittel der bisherigen Höhe durchzuführen.

Alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nazis und der sogenannten Wirtschaftsgruppe, wüßten den kommunistischen Antrag ab. Die Kleinrentnervereine sollten sich diesen Schandstreich ihrer „Freunde“ sehr gut merken und hieraus endlich erkennen, daß nur die SPD die Schutzherrin der Interessen der gesamten werktätigen Schichten ist.

Futterkrippenpolitik der Nazis

Die Nazis hatten einen Antrag gestellt, die sich gegen die Verschwendung von Kassengeldern der Ortskrankenkasse durch Stadtrat Kirchof wandte.

Der Oberbürgermeister Kälig deckte in wohlwollender Weise sein Mitschuldigen. In schleimiger Form trat Dr. Funke (SPD) für seinen Parteigenossen ein und rühmte diesen als aufrichtigen „Marxisten“ und als einen jahrzehntelangen Vorkämpfer der Arbeiterbewegung.

Nazi-Richter trat dann auf den Plan und wies an Hand eines Gerichtsurteils nach, daß durch Kirchof doch Tausende von Mark, die den Kassenspendlern entzogen, verschwanden wurden. So ist nachgewiesen worden, daß Kirchof im Jahre 1926 anlässlich einer Tagung 185 Mark Tages- und Übernachtungsgeldern erhalten habe. Zur 30. Deutschen Krankenfallentagung wurden an acht Herren vom Vorstand für Spesen 2229 Mark ausgezahlt.

Genosse Gabel zeigte treffend die gemeinsame Linie dieser „Arbeiterführer“ auf, indem er auf die Finanzmanipulationen Dr. Bührers einging, der seit einigen Tagen bei den Nazis gefangen ist und das auch Kirchof denselben Weg gehen wird, wie im Parteifreund Bührer. Hinters dem nichts anderes steht als die Parteiführer-Futterkrippenpolitik, um ihren höheren Beamten ein gut bezahltes Amt zu verschaffen.

Genossin Gabel empört und wutstürmend führte sich hinterher aus, Krosenerpult und hielt eine berartig viele Verteidigungsrede, das heißt von Tribünenbesuchern das Lachen nicht verdrängen werden konnte.

Genosse Gabel stellte einen Antrag, die Angelegenheit Kirchof sofort einem Untersuchungsausschuss zu übergeben, der allerdings von der SPD bis zu den Deutschnationalen abgelehnt wurde.

SPD deckt Antreiberhäm

Eine längere Debatte löste der Antrag Krosch (Wirtschaftspartei) aus, da neue Wahlen in Sicht sind und sich nun der Stadtratmeister erinnert. Zu diesem Antrag sprach Frau Wetengel und deckte das Antreiberhäm in den Geschäftsbüros, wo bei 46stündiger Arbeitszeit eine Affordarbeitsleistung

erleitet wird, die 81 Stunden Arbeit gleichkommt. Sie kritisierte ein wenig den verpöhlten Antrag Krosch und ereiferte sich gegen die bösen Kommunisten.

Genossin Schneider sprach dann ausführlich zu den Bürgervereinsstätten, die nur zur Verübung der Arbeitslosigkeit dienen. In der Woche vom 4. bis 10. Februar hat ein Arbeiter in einer Arbeitszeit von 27 Stunden 5,91 Mark verdient, dessen Mietbeihilfegeld bei einem derartig niedrigen Verdienst vom Fürsorgeamt einfach abgelehnt wurde. Da die Dezerenten dieser beiden städtischen Einrichtungen SPD-Männer sind, geriet die ganze Fraktion aus dem Häuschen und war mächtig nervös.

Weshalb Bührer enthoben wird!

Nachstehend der Beschluß der Stadtverordneten im Dresdner Rathaus. An anderer Stelle befinden wir uns mit dem gesamten Fragenkomplex. Wir werden morgen und die folgenden Tage das Schuldbonus Bührers und der „eisernen“ Front an den Finanzschlampereien zeigen.

Kollegium wolle beschließen:

- 1. den Herrn Oberbürgermeister zu ersuchen, Herrn Bürgermeister Dr. Bührer von der Tätigkeit als Leiter des Finanzamtes zu entbinden. 2. den Rat zu ersuchen, das Dienstverfahren gegen Herrn Bürgermeister Dr. Bührer mit dem Ziele der Dienstentlassung einzuleiten und zwar deshalb: a) weil er in einem weit über die Belegung verfügbaren Kassenschatz hinausgehenden Umfang Spekulationspapiere ohne erkennbare Notwendigkeit angekauft hat; b) weil er die Geschäfte mit einem unbefangenen Bankhaus getätigt hat. c) weil er diesem Bankhaus Vorhülle auf die zu tätigen Geschäfte im Betrage von mehreren Hunderttausend Mark ohne jede Sicherheit gegeben hat; d) weil die Ankäufe ohne Limitierung des Kurles getätigt worden sind. e) weil zugelassen worden ist, daß das Bankhaus ganz erhebliche Mengen von Papier weit über den notierten Kurs gekauft hat. f) weil alle diese Geschäfte ohne Wissen des Oberbürgermeisters oder einer anderen städtischen Geschäftsstelle durchgeführt wurden. g) weil solche Geschäfte auch dann noch durchgeführt worden sind, nachdem der Fall Kron zu besonderer Vorsicht hätte mahnen müssen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Auch die Nazis stimmten mit dafür und liegen damit ihr neubadenes Mitglied wieder fallen.

hat Herr Krosch wollte sich reden hören und vertrat nochmals seinen Antrag. Bei seiner Verteidigung präsentierte sich noch Stadtrat Grübe und hielt eine solche kapitalistische Unternehmerrede als Sozialdemokrat, wie sie besser kein Großindustrieller hätte halten können. Nachdem Frau Wetengel nochmals ein Verteidigungsgeheimnis vom Stapel gelassen hatte, wurde die Aussprache geschlossen und plötzlich die öffentliche Sitzung abgebrochen.

Dienstenthebung Dr. Bührers beschlossen

Im Anschluß an die öffentliche Sitzung fand eine geheime Sitzung statt. In dieser hand der nachstehende kommunistische Antrag zur Debatte.

Dringlicher Antrag

- Kollegium wolle beschließen 1. die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den verantwortlichen Finanzdezernenten, Bürgermeister Dr. Bührer, mit dem Ziele der Dienstentlassung zu beantragen, 2. Bürgermeister Dr. Bührer sofort seines Amtes zu entheben.

Ehe es zur Behandlung dieses Antrages kam, kam es zu lebhaften Zusammenstößen der SPD-Fraktion mit dem SPD-Vorsteher Döhlisch. Wegen eines Zwischenrufes ereiferte Döhlisch einen Ordnungsruf nach dem andern. So wurde Genosse Schrapel deshalb ausgeschlossen, weil er Döhlisch den Jurat „Faschl“ gemacht hatte. Genosse Gabel, der als Fraktionsvordenner diesen Schankstreik feststellte, wurde gleichfalls für drei Sitzungen ausgeschlossen. Es kam Herrn Döhlisch offensichtlich darauf an, die unbrauchbaren Ankläger loszuwerden. Die kommunistische Fraktion sollte, das war aus dem Verhalten von Döhlisch sofort festzustellen, zu der Finanzkorruption nicht sprechen können. Sie sollte von den jahrelangen Geheimnissen, die der Öffentlichkeit verschwiegen worden sind und für welche alle Parteien mit Ausnahme der SPD die Verantwortung tragen, nichts erfahren und darüber nicht sprechen können.

6 Millionen Verluste gibt Bührer zu

Es war aber auch zu hanebüchen, was hier in der geheimen Sitzung alles ausgespuckt wurde. Jetzt mit einem Male wurde behauptet, was wir als Kommunisten schon seit Jahren behaupteten, daß der SPD-fühler Finanzpolitiker, als den die Herrn Bührer im Wahlkampf 1928 und 1930 den Arbeitern andrries - von Finanzgeschäften verdammt wenig versteht. Rund 6 Millionen gibt Herr Bührer allein in einem Jahre zu.

Die SPD weiß es seit 1929

Die Lüge der SPD, daß diese Manipulationen von Herrn Bührer erst in den letzten Tagen vorgenommen worden seien, wurde entlarvt durch die Feststellung, daß es sich um Finanzaktionen Bührers handelt, die schon seit 1929 im Einverständnis mit der SPD durchgeführt wurden. Die SPD hat also die volle Verantwortlichkeit für Bührers Politik. Nur Dresdens Oberbürgermeister, der, wie der „große“ Krosch, behauptet, alles zu wissen, wenigstens, soweit es die Stadtverwaltung angeht, weiß von nichts. Dabei handelt es sich bei diesem Finanzgeschäft um die dreifachen Geschäfte die je gemacht worden sind. Die Banken haben versucht, aus der Stadt Dresden herauszuholen, was herauszuholen ist.

Bührer, der „kühne“ Finanzpolitiker

Der SPD, war das Werkzeug derselben. Ob unbewußt aus Unfähigkeit, die ihm jetzt auch - nach so viel Jahren - seine eigenen Kräfte attestieren, oder bemußt, bleibt sich gleich.

Es besteht hier die Tatsache, daß in einer Zeit, da Herr Bührer, unterstützt von seiner damaligen Fraktion, der SPD, die härtesten Abbaumassnahmen durchführte gegen die Kernkraft der Kräfte, in einer Zeit, da durch ihn Tausende brachlos gemacht wurden, weil angeblich kein Geld da war, um sie weiter beschäftigen zu können, da Millionen aus den werdenden Betrieben herausgepreßt wurden, 6 Millionen Mark den Banken in ihren unerlöschlichen Kassen geworfen wurden.

Hier kann keineswegs mehr von einem Einzelfall gesprochen werden. Darin liegt System. Wie die Großbanken mit Hunderten von Millionen Mark an Steuergeldern durch die von der SPD gestützte Brüningregierung laikiert werden, so luchen sich dieselben auch von den Kommunen Kassenkassen zu verhaseln.

Korruption des Systems

Der Fall Rahenellendogen, der mit einer lächerlichen Strafe davon kam, hat dieses System gezeigt. Auch hier handelt es sich nicht um einen Einzelfall. Im Fall Kron, den die SPD schon voriges Jahr zur Kenntnis der Öffentlichkeit brachte, waren es 600 000 Mark. Beim Kroschfall waren es nur 200 000 Mark um. Heute verhaseln die Schuldigen - SPD wie alle bürgerlichen Parteien von Bührer abzurufen und sich von der Schuld reinzuwaschen. Es gibt aber kein Krosch. Die SPD wird dieser Gesellschaft nicht gestatten, die Verantwortlichkeit loszuwerden. Bürgerliche und SPD müssen seit Jahren, was los ist

Warum ichwiegen SPD und Bürgerliche?

Nach im September vorigen Jahres haben sie im Fall Kron den Herrn Bührer gebrüt. Damals hatte die SPD den Antrag gestellt, den Bürgermeister Bührer seines Postens zu entheben und für den entstandenen Schaden regrechtpflichtig zu machen. Dieser Antrag wurde nicht von einer einzigen Partei unterstützt. Die SPD hatte damals den traurigen Mut, durch Bührer I zu erklären: „Der Antrag ist Föddinn.“

Noch in den letzten Tagen wurde Bührer geküht

Zwei Tage bevor Herr Bührer aus der SPD austrat, fand im Kollegium eine Besprechung, in der vom Rat vorgeschlagen wurde, in einem Rechtsstreit mit einer Lebensversicherungsgesellschaft einzutreten. Was war hier passiert? Herr Bührer hatte am

Vertical text on the left margin containing various small advertisements and notices.